

# ZEITUNG SOLINGEN AKTIV

Ausgabe Juli 2010  
Spendenpreis 0,50 €

Das unabhängige und überparteiliche Sprachrohr von Bürgern für Bürger

Ver.di - Kollegen bauten  
vor der Ratssitzung am  
8.7.10 eine Protestmauer



**Wir lassen uns nicht  
kaputtsparen!**



## Mach' doch selbst mal Kommunalpolitik ...

Unter diesem Motto haben sich Solinger Bürgerinnen und Bürger zusammen gefunden um im Dezember 2003 das überparteiliche Personwahlbündnis SOLINGEN AKTIV zu gründen. Sie alle waren mit der Politik der bis dahin im Solinger Stadtrat vertretenen Parteien nicht mehr einverstanden. Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Erzieher, Arbeitslose, Schüler, Rentner und Hausfrauen waren unter den Gründungsmitgliedern von SOLINGEN AKTIV. Seit dem hat sich SOLINGEN AKTIV zu der **oppositionellen Kraft** in Solingen entwickelt, die konsequent für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eintritt.

Wir sind überparteilich, unbestechlich, finanziell unabhängig und demokratisch organisiert. Wir versprechen nicht, stellvertretend für die Bürger „alles besser zu machen“ sondern möchten, dass immer mehr Menschen selbst aktiv für ihre Interessen werden – deshalb Solingen AKTIV. Alleine kann man wenig erreichen – organisiert und gemeinsam wurden schon viele Erfolge erkämpft!

**Werden auch Sie gemeinsam mit uns aktiv!**

### Aus dem Inhalt:

• SOLINGEN AKTIV stellt sich vor, Termine	S. 02
• „Sparhaushalt“ auf Kosten der Bevölkerung beschlossen	S. 03
• Die Umverteilung von unten nach oben hat System	S. 04
• „Schlimmeres verhindert“	S. 05
• Was wir uns wirklich sparen können	S. 06
• Zusätzliche Anträge zum „Sparhaushalt“ von SOLINGEN AKTIV	S. 07
• Leserbriefe, Zitate des Monats	S. 09
• Leserbriefe	S. 10
• Märchen	S. 11
• Bildreport einer besonderen Busfahrt	S. 12

## Die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV

1. Wir sind ein Bündnis von Personen, die sich durch die Parteien, die bisher im Stadtrat sind, nicht vertreten fühlen. Deshalb wollen wir aktiv kommunalpolitisch tätig werden.
2. Wir fühlen uns den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und wollen ihr Sprachrohr im Rathaus sein.
3. Wir wollen auch andere Betroffene ermutigen, für ihre Belange selbst einzutreten und werden sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.
4. Wir sind überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.
5. Wir stehen für die Gleichberechtigung aller in Solingen lebenden Menschen ein und wollen ihr solidarisches Miteinander fördern. Wir verstehen die kulturelle Vielfalt unserer Stadt als Bereicherung, die wir bewahren und fördern wollen.
6. Wir arbeiten auf antifaschistischer Grundlage und schließen die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.
7. Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.

### Termine:

**Montag, 26.07.2010**

**18 Uhr** Montagsaktion gegen Hartz IV  
Graf-Wilhelm-Platz (vor DM)

**Samstag, 31.07.2010**

**11 Uhr** Infostand SOLINGEN AKTIV  
Stadtmitte, zwischen Kaufhof und Douglas

**Mittwoch, 04.08.2010**

**19 Uhr** Stammtisch SOLINGEN AKTIV  
Gaststätte „Al B´Andy“, Augustiner Str. 31, SG-Wald

**Mittwoch, 11.08.2010**

**18.30 Uhr** Gesprächsrunde SOLINGEN AKTIV  
„Beschlossen ist noch nicht umgesetzt!“ **Wie weiter im Protest gegen die „Spar“maßnahmen?**  
Im Büro v. SOLINGEN AKTIV, Klemens-Horn-Str.3, 1.Stock

### Impressum:

V.i.S.d.P.:  
SOLINGEN AKTIV  
Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen

## Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Sitzung des Stadtrates am 8.7.2010 wurde der, mit der „neuen Mehrheit“ aus SPD, Bündnis 90/Grüne, BFS und LINKE geänderte „Haushaltsbegleitbeschluss“ beschlossen. Statt der ursprünglich vorgesehenen 45 Millionen, sollen nun immerhin 43 Millionen weitgehend auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gestrichen und gekürzt werden.

Natürlich begrüßt SOLINGEN AKTIV ausdrücklich die Rücknahme verschiedener ursprünglich geplanter Maßnahmen, wie z. B. der Schließung des Hallenbades Vogelsang, des Heidebades, des Bürgerbüros Ohligs und der Notschlafstelle, sowie die Abmilderung der Kürzung der Zuschüsse für Vereine und Verbände oder auch der Senkung der Kürzungen beim ÖPNV. Die Rücknahme oder Abmilderung verschiedener Maßnahmen sind aber

## 43 Millionen „Sparhaushalt“ auf Kosten der Solinger Bevölkerung beschlossen!

vor allem Ergebnis der zahlreichen Proteste gerade gegen diese Pläne. Das zeigt auch:

### Wer kämpft kann gewinnen!

Unsere Stadträtin Gabi Gärtner hat diese sogenannte Sparpolitik **nicht mitgetragen, weil die Abstimmung im Rat jeweils im Paket erfolgte und sie damit auch allen übrig gebliebenen drastischen Streichungs- und Kürzungsmaßnahmen zugestimmt hätte.**

Alle Anträge (siehe Seite 7), die SOLINGEN AKTIV stellte, um weitere gravierende Kürzungen zu verhindern und darüber hinaus sinnvolle Sparvorschläge zu machen, die nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen, wurden abgelehnt. Offensichtlich gab es eine interne Verabredung des neuen Viererbündnisses, alles geschlossen abzulehnen, was gegen ihr so hochgepriesenes neues Sparpaket gerichtet war.

Mit dem faulen Kompromiss statt 45 Millionen jetzt „nur“ 43 Millionen einzusparen, fallen aber nur vereinzelte Maßnahmen weg, der große Batzen der Streichungen auf dem Rücken der Bevölkerung bleibt bestehen. Begründet wurde dies von allen Seiten damit, dass es keine andere Alternative gibt.

Die akute kommunale Finanzkrise, die auch unsere Kommune in die drohende Überschuldung treibt, ist aber nicht etwa ein Naturereignis, sondern verschuldet von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren tragenden Politikern, Parteien, Banken- und Konzernchefs und Industrieverbänden.

Seit vielen Jahren laden Land und Bund immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen ab. 26 Millionen Euro jährlich musste die Stadt Solingen seit 2000 aufbringen, um diese zusätzlichen Aufgaben zu finanzieren. Selbst mit dem größten Sparpaket in der Geschichte dieser Stadt kommen wir niemals aus der Verschuldungsschlinge heraus: Im gleichen Zeitraum (bis 2013) stehen z. B. Zahlungen von 84 Millionen € allein für Zinsen aus Liquiditäts- und Investitionskrediten an. Man könnte also auch sagen – das ganze Sparpaket ist einzig und alleine da, um die Zinsen – nicht etwa Schuldendienste - reine Zinsen an die Banken zu zahlen. Nun geht man her und holt diese drastischen Ausfälle über die Bürger und Kürzung bisher selbstverständlicher kommunaler Dienstleistungen wieder herein. Weder diese Stadt als Ganzes, geschweige denn ihre Einwohnerinnen und Einwohner und erst recht nicht die Jugendlichen, Vereine und Geringverdiener, die am meisten unter den beschlossenen Kürzungen leiden werden, haben über ihre Verhältnisse gelebt oder diese Situation verursacht!

## Liebe Solingerinnen und Solinger!

**Verstärken wir Protest und Widerstand gegen das Ausbluten der Kommunen!**

Setzen wir uns für gesamtgesellschaftliche Veränderungen ein, indem wir dem Übel an die Wurzel gehen. Werdet aktiv, schließt euch zusammen, kämpft für eine grundlegend andere Politik!

**Wer jetzt und in Zukunft wirklich konsequent und gemeinsam gegen das „Kaputtsparen“ unserer Stadt aktiv werden will, ist bei SOLINGEN AKTIV herzlich willkommen!**



Direkt nach Bekanntwerden der geplanten Schließung der Notschlafstelle protestierten Jugendliche auf dem Rathausplatz dagegen. Sie entwickelten zahlreiche Aktivitäten für den Erhalt ihrer Einrichtung

## „Haben wir durch dieses „Spar“- Paket wirklich stabile Verhältnisse?

(Auszug aus der Rede unserer Stadträtin Gabi Gärtner im Rat am 8.7.10)

### KEINESWEGS:

Wie oft in den letzten Jahren wurden die Konsolidierungsbemühungen der Kämmerer der Städte durch einen Handstreich wieder weggewischt, **weil Land und Bund immer neue Aufgaben und gesellschaftliche Probleme** – wie die hohe Arbeitslosigkeit oder die Wirtschaftskrise – **auf die Kommunen übertragen**.

Auch seit Einbringung dieses HSK ging es damit weiter: Die Steuerschätzung ergab, dass Solingen weitere 9,5 Millionen € Steuereinnahmen verlieren wird. Im gleichen Zeitraum gab die Bundesregierung ihr gigantisches Sparpaket bekannt, das z.B. die Streichung der Rentenzuschüsse für Hartz IV-Empfänger enthält, was die Kommune dann später durch die Finanzierung der „Grundsicherung im Alter“ wieder tragen muss. Bis 2013 kommen laut OB auf Solingen 22 Millionen Mehraufwendungen im Sozialbereich zu.

Ich bin sicher, dass auch dieses Sparpaket keine Stabilisierung in unsere Finanzen bringt. Ich glaube nicht, dass dadurch die kommunale Selbstverwaltung

gestärkt wird. Ich glaube nicht, dass es danach ein Ende mit dem Raubbau an sozialen, kulturellen Errungenschaften dieser Stadt hat. Völlig zurecht spricht z. B. die Gewerkschaft Verdi von der „Vergeblichkeitsfalle“: „Die neuesten Zahlen der Steuerschätzung sehen bundesweit eine weitere Verschuldung der Kommunen um 15 Milliarden € (...) Für die Gewerkschaften heißt das nicht nur, dass die bereits seit langem erklärte so genannte Vergeblichkeitsfalle eine Lösung aus eigener Kraft der Kommune ausschließt, sondern auch, dass sich die Problematik noch weiter zuspitzen wird. „Wer nun immer noch glaubt die vorhandenen Schwierigkeiten durch eigene Kraft lösen zu wollen, leidet unter kaum noch erklärlichem Realitätsverlust.“ (17.5.2010)



1. Die Städte sollen immer mehr Aufgaben von Land und Bund übernehmen, ohne dazu einen finanziellen Ausgleich zu bekommen. Die Absenkung der Bundesbeteiligungen an den Hartz-IV-Wohngeldkosten von 31,2% im Jahr 2007 auf rund 23% für das Jahr 2010 führt zu einer weiteren „krassen Benachteiligung der Kommunen“ (lt. Kämmerer Weeke).

2. Die Kosten und Lasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise werden durch Bund und Land, Konzerne und Banken über die Kommunen an die Masse der Menschen weitergegeben. Das ist übrigens nicht so weit weg wie mancher denkt. Die Stadt Solingen zahlt ganz direkt erheblich daran mit. Da die Stadt-Sparkasse und der Landschaftsverband Rheinland an der West LB beteiligt sind und für die „Sanierung“ bezahlen müssen, muss die Stadt über eben diese beiden Institutionen voraussichtlich 3 – 4 Millionen Euro für die Sanierung der WestLB mittragen. Und was war mit der WestLB? Sie wurde nicht etwa

unverschuldet in die Krise mit hinein gerissen – nein – hier wurde für

### Diese Umverteilung von oben nach unten hat System!

Maximalprofite so hoch gezockt, dass schließlich alles zusammenbrach. Wie krank, dass dafür nun die völlig verschuldeten Kommunen zahlen müssen, während bisher Manager und verantwortliche Politiker schadlos daraus hervor gehen.

3. Mit der durch „Globalisierung“ und Weltwirtschaftskrise drastisch zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, zunehmenden Geringverdienern und ungeschützten Arbeitsverhältnissen hat sich die Armut enorm beschleunigt. Kommunale Sozialleistungen, wie die Kosten der Unterkunft für Hartz IV Betroffene, Grundsicherung im Alter usw. steigen erheblich an. 14.433 Bezieher von Hartz IV-Leistungen gab es im Jahr 2009 in Solingen. Das bedeutet einen Anstieg um 500 Bedarfsgemeinschaften innerhalb eines Jahres.

4. eine politisch bewusst gewollte Ausrichtung, dass die Kommunen die gewinnbringenden Teile auslagern und privatisieren, um die Gewinne dem unersättlichen freien, kapitalistischen Markt zuzuführen, während sie selbst auf den verlustreichen Teilen sitzen bleiben.

Dass nun mit Maßnahmen der Erpressung, mit einer Politik, die diese ganze Grundlogik bestätigen soll, die kommunale Selbstverwaltung gestärkt würde, halten wir für äußerst fragwürdig. Wir geben Lebensqualität, kulturelle und sportliche Einrichtungen auf, schränken die hervorragende ehrenamtliche Arbeit in Vereinen ein – das ist doch keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung!

Die Verschuldung der Stadt ist ein gutes Geschäft für die Banken – eine Katastrophe für die Stadt und ihre Bürger! Natürlich müssen wir gegen die drohende Überschuldung vorge-

Fortsetzung auf S.5

Fortsetzung von S.4

hen! Wohin aber das von allen hier so viel beschworene Eigenkapital der Stadt geht, wird überhaupt nicht

gesagt. Fakt ist, dass durch die immense Schuldenfalle, immer mehr kommunales Kapital in Bankenkaptal umgewandelt wird. Hier muss angesetzt werden und nicht daran,

die Lebensqualität weiter zu beschneiden, während alle Zahlungen an die Banken munter weiter gehen. (Auszug aus der Rede von Gabi Gärtner im Rat, 8.7.10)

## 43 Millionen statt 45 Millionen – und damit zufrieden sein?

Es ist interessant, dass die Fraktionssprecher der „neuen Mehrheit“ in ihren langen Reden bei der Sitzung des Stadtrates nur über das sprachen, was durch ihren „unermüdlichen Einsatz“ erhalten bleibt. Was weiterhin auch durch ihre Beschlüsse geschlossen und gekürzt wird – darüber sprachen sie nicht!

- ➔ Mehr als **160 Stellenstreichungen bei der Stadt**, zwar 17,65 weniger als ursprünglich geplant, aber aus unserer Sicht immer noch 160 zu viel.
- ➔ Die **Kürzung der Zuschüsse für Vereine** wurden reduziert – immer noch sind es aber **30.000 € erhöhte Nutzungsentgelte für Sportstätten**.
- ➔ Dem **Eissport** werden zwar nicht 60.000 € Zuschüsse gestrichen, aber **10.000 €**. Das ist immer noch erheblich zu viel, zumal gerade diese Vereine die Zuschusskürzungen der letzten Jahre kaum auffangen konnten.
- ➔ Es wurde eine deutliche Senkung der **Kürzungen beim ÖPNV** von 750.000 € auf **200.000 €** erreicht. Aber auch das ist vor dem Hintergrund, dass in diesem Bereich seit Jahren immer wieder gekürzt wird und auch betriebsintern noch Hunderttausende eingespart werden sollen, unzumutbar. Auch dadurch muss über Entlassungen bei Subunternehmen, weitere Streckeneinschränkungen usw. nachgedacht werden. Dass diese 200.000 € allein durch „Optimierung“ erreicht werden, ist unrealistisch.
- ➔ Die **VHS** muss nach wie vor Einschnitte hinnehmen (**75.000 €** strukturell) Auch in der **Bibliothek** soll nach wie vor 1 Stelle eingespart werden.
- ➔ Die Erhöhung der **Grundsteuer B um 20 %** bleibt bestehen.
- ➔ Ausweitung der **Parkraumbewirtschaftung**, Erhöhung der **Theaterpreise**, Erhöhung der **Hundesteuer** und vieles mehr.

Die zahlreichen **Sportvereine** in Solingen werden gezwungen sein, ihre Vereinsbeiträge zu erhöhen, wenn sie eine höhere Hallennutzungsgebühr um fast 20%, bezahlen müssen. Dadurch wird die wertvolle Jugendarbeit dieser Vereine gefährdet.

Die **Streichung der Zuschüsse für die Turnhalle Gillicher Straße** schränkt die Möglichkeiten des **TSV Aufderhöhe**, die Halle zu sanieren und weiter zu betreiben, erheblich ein. Das hervorragende Jugendangebot dieses Vereins mit ca. 2.000 Mitgliedern (davon ca. 1.000 Jugendliche und Kinder) wird dadurch stark be-

einträchtig. Auf der Höhe ist einer der Stadtteile mit großem Familienzugang, z. B. im Borkhauser Feld. Auch der Schulsport der Grundschule Aufderhöhe ist durch lange Anfahrtszeiten zu Ausweichhallen auf ein Mindestmaß reduziert. Der Verein kann nicht, wie lapidar behauptet, einfach auf andere Hallen ausweichen.

Die **Schließung des Hallenbads Ohligs** ist in diesem „Sparpaket light“ ebenfalls enthalten. Dabei ist dieses Schwimmbad eine sehr wichtige traditionsreiche und wohnortnahe Sportstätte, die von Senioren, Sportvereinen und auch dem Schulschwimmen vielfach genutzt wird.

Die **Eishalle** ist mit ca. 100 000 Besuchern pro Jahr der größte Jugendtreffpunkt in Solingen. Auch wenn jetzt die Zuschüsse für den Eissport nur um 10.000 € gekürzt werden, werden die Vereine gezwungen sein, Trainingszeiten zu reduzieren. Der Wegfall von vermieteten Eiszeiten wird auf die Dauer auch die Existenz der Eishalle bedrohen.

**Das Sparpaket bedeutet eine erhebliche Belastung, vor allem für Geringverdiener**

Bei den Einzelmaßnahmen wird immer angeführt, dass es ja nur sehr geringe Beträge sind, um die Gebühren und ähnliches erhöht werden. In der Gesamtsumme treffen die zahlreichen Steuer- und Gebührenerhöhungen Geringverdiener viel stärker, die eigentlich keinerlei Spielräume im Budget mehr haben. Für uns ist das nicht akzeptabel!

**Wenn diese neuen Mehrheit doch zu Stande gekommen ist – warum hat sie dann nicht ein Paket gemacht, das wirklich nicht auf Kosten der Menschen dieser Stadt geht?**



## Nur noch einmal sparen – dann ist Solingen gerettet ?

Seit Monaten wird der Anschein erweckt, als ob wir nur noch einmal kräftig sparen müssten und damit die Zukunft gesichert sei. Das ist nicht so! Es wird gespart, aber gar nichts gesichert und nichts garantiert, weil die Umverteilungspolitik auch durch dieses Haushaltssicherungskonzept (HSK) mit keinem Wort in Frage gestellt oder dagegen protestiert wird.

Für uns sind diese „Einsparungen“ auch bei der jetzt beschlossenen Höhe von ca. 43 Millionen nicht akzeptabel. Wer vorgibt, mit dieser Streichliste die Zukunft der Stadt und der kommunalen Selbstverwaltung retten zu wollen oder zu können, **täuscht die Bürger**. Wir unterstellen niemandem, bewusst zu lügen. Sehr passend erscheint aber hier ein Ausspruch von Dieter Hildebrand

*eine sachzwangreduzierte Ehrlichkeit...“*

Es sind diese „**Sachzwänge**“, nach denen kommunale soziale Einrichtungen wie z. B. die Bibliothek danach beurteilt werden, ob sie **rentabel** sind oder der ÖPNV danach, ob er Gewinne bringt usw. Das ist nicht unsere Logik!

Es sind die **bürgerlich-parlamentarischen Gepflogenheiten**

- die einige Ratsmitglieder auch bei dieser Ratssitzung dazu gezwungen haben, gegen ihre Überzeugung zu stimmen;

- weshalb immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass in der bürgerlichen Politik ganz **andere Maßstäbe gelten als das, was in den Wahlkämpfen versprochen wird**;

- nach welchen man das Gefühl bekommt, nichts anderes mehr tun

(Kabarettist) über Politikerversprechen: **„Das ist keine Lüge, sondern**

zu können, **als das kleinere Übel zu mizutragen**. Ein Gefühl, die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse seien eben unabänderlich so wie sie sind;

- die dazu führen, dass es letztlich gar nicht mehr darum geht, was die Maßnahmen eigentlich bedeuten, welche Auswirkungen sie haben. Stattdessen werden in endlosen Sitzungen nur noch Zahlen gewälzt, etwa mit dem Ziel, 43 Millionen Einsparungen „voll zu kriegen“.

SOLINGEN AKTIV hat den **Grundsatz**, sich **nicht diesen Gepflogenheiten unterzuordnen**, immer die klare Orientierung bei den Interessen der einfachen Menschen zu behalten, ihren Zusammenschluss und Kampf zu organisieren. Das ist uns wichtiger und deshalb hat sich unsere **Stadträtin Gabi Gärtner bei der Ratssitzung am 8.7.2010 gegen den ganzen restlichen Stadtrat gestellt**.

## Sparen können wir uns die Dienstleistungen für Banken, Berater und Investoren!

Auch wenn unsere Stadtspitze nicht ursächlich schuld ist an dieser kommunalen Finanzkrise – wir können die Grundlogik nicht akzeptieren, nach der die Umverteilung von unten nach oben auch in dieser Stadt organisiert wird.

### Was können wir unserer Stadt „ersparen“?



Jährlich **15 bis 20 Millionen €** Zinsen, die an Banken und Sparkassen fließen!



Jährlich **520.000 €**, auch nach Beschluss des „Sparpakets“, für Löschwasser an die Stadtwerke Solingen und damit knapp zur Hälfte an die private Energiegesellschaft MVV (entsprechend dem Löschwasservertrag). Das waren schon 10 Millionen in den letzten Jahren, für eine „Dienstleistung“ die in fast allen anderen Kommunen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Also ein reiner Subventionsvertrag!



Ca. **20 Millionen €** Gewinnabführungen und Overheadkosten, die seit der Teilprivatisierung der Stadtwerke Solingen an die MVV vertraglich abgesichert, abfließen!



Ca. **3 - 4 Millionen €**, die indirekt über die Stadt - Sparkasse und den Landschaftsverband Rheinland



an die marode WestLB gezahlt werden, um für deren verzockte Gelder gerade zu stehen!



Jährlich ca. **2 Millionen €** Miete, die für das neue Rathaus mit einem völlig überhöhten Quadratmeterpreis von 11,86 € und einer Laufzeit von 30 Jahren bezahlt werden. Daran verdient sich einzig und allein der Investor eine goldene Nase!



**Millionen**, die durch unverantwortlichen Umgang für riskante Zins-Swaps verloren gingen.



Die hohe Fraktionsfinanzierung von fast **450.000 €** jährlich, deren Halbierung SOLINGEN AKTIV schon lange vorschlägt, – was eine jährliche Einsparung von etwa 250.000 Euro bringen würde. (siehe Vorschlag von SOLINGEN-AKTIV)



Die 200.000 € jährlich, die mit unnützen Geschäftsführerposten verpulvert werden, (z.B. für den ehemaligen Kämmerer Schneider...)

**Wir fordern: Prüfung, Verhandlungsaufnahme und Forderung nach einem Zins- und Schuldenmoratorium für die Kommunen, sowie eine Altschuldenregelung des Landes!**

Jeder, der ehrlich ist, wird zugeben, dass die Kommunen ihre Kredite niemals werden zurückzahlen können. Statt dies anzuerkennen und sie davon zu entlasten, werden sie zu jahrzehntelanger Zinszahlung, ständiger Umschuldung, neuer Kreditaufnahme — nur um Zinsen zu zahlen — gezwungen.

Es ist nicht einzusehen, dass bei fast sämtlichen sozialen und kulturellen Leistungen, die die Masse der Solinger Bürgerinnen und Bürger betreffen, „ohne Tabus“ gespart wird, die massiv steigende Zinsbelastung durch die Banken und die Sparkasse aber davon ausgegenommen sein sollen.

Nutznießer der kommunalen Finanzkrise sind die Sparkassen und Banken, die sich an den kommunalen Zinszahlungen zusätzlich bereichern. Sie haben damit eine Art Dauerabo auf Profite. Es ist ein Skandal, dass

ausgerechnet von diesen Geldinstituten, die mit Milliarden Steuergeldern aus der von ihnen selbst produzierten Weltfinanzkrise gerettet wurden, im städtischen Haushaltsbegleitgesetz keinerlei Beitrag zur Sanierung der kommunalen Finanzen gefordert wird.

**Wir fordern: eine Gemeindefinanzreform, die ihren Namen auch verdient und eine Solinger Finanzpolitik, die nicht auf Kosten der Bürger geht!**

Die Folgekosten der Gesetze von Bund und Land müssen diese auch bezahlen („Konexitätsprinzip“)! Die Verwaltung soll den tatsächlichen Bedarf der Stadt Solingen erfassen, mit den realen Landeszuweisungen abgleichen, die Differenz einfordern und gegebenenfalls mit anderen Kommunen aus NRW eine Verfassungsklage in die Wege leiten. Das wird auch von Kommunen im Märkischen Kreis aktuell vorbereitet.

Die Eigenanteile der Kommunen bei der Vergabe von Landesmitteln müssen wegfallen oder zumindest stark reduziert werden.

**Unsere zusätzlichen Anträge im Stadtrat:**

**Keine Erhöhung der Grundsteuer B zu Lasten der Mieter!**

**Keine Einsparung beim ÖPNV – auch 200.000 € sind zuviel!**

**Erhalt der Turnhalle Gillicher Straße!**

**Keine Zuschuss-Senkungen beim Eissport!**

**Erhalt des Stadions für den Solinger Sport!**

**Keine weiteren Kürzungen bei der Volkshochschule!**

**Erhalt des Gebäudes Coppelstift und seiner Angebote!**

**Keine Erhöhung der Nutzungsgebühren für Sportstätten!**

**Das Hallenbad Ohligs muss erhalten bleiben!**

**Kein Abbau in der städtischen Kantine Bonner Straße!**

**Gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung!**

**Gegen die Absenkung des Pflegestandards bei Spiel- und Bolzplätzen!**

**Einige Anträge für zusätzliche Sparmaßnahmen, die nicht auf Kosten der Bürger gehen:**

**Neufestlegung der Fraktionsfinanzierung mit einem Sparvolumen von 249.400 € pro Jahr**

Sparmodell Fraktionsfinanzierung Stadtrat Solingen

Partei/Gruppe	Sitze	Grundaussstattung p.A.	Zuschuss ab 4. Mandat	Stand	Vorschlag SOLINGEN AKTIV	Einsparung
CDU	24	13.000	144.000	157.000	53.000	104.000
SPD	17	13.000	93.600	106.600	39.000	67.600
Grüne	10	13.000	43.200	56.200	25.000	31.200
FDP	8	15.000	28.800	43.800	21.000	22.800
BfS	8	15.000	28.800	43.800	21.000	22.800
Linke	3	12.000		12.000	11.000	1.000
SG-Aktiv	1	5.000		5.000	5.000	0
FBU	1	5.000		5.000	5.000	0
<b>Summe</b>	<b>72</b>	<b>91.000</b>	<b>338.400</b>	<b>429.400</b>	<b>180.000</b>	<b>249.400</b>

**Stärkere Erhöhung der Gewerbesteuer!**

**Kürzungen von Personalaufwendungen auf der Leitungsebene.**

**Keine Zahlungen für Löschwasser!**

**Zusätzliche Anträge zur wirkungsvollen Bekämpfung der Schuldenfalle:**

**Für ein Zins- und Schuldenmoratorium sowie Altschuldenregelung des Landes!**

**Für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze!**

Alle Fraktionen haben diese Anträge im Stadtrat abgelehnt

## Wir brauchen eine grundsätzliche Wende in der Arbeitsmarktpolitik!

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden vom Stadtrat ignoriert, obwohl sie die entscheidende materielle Lebensgrundlage nicht nur für die Bürger und für die Zukunft der Jugend, sondern auch für die Zukunft der Stadt sind. Wir treten daher für eine grundsätzliche Wende in der Arbeitsmarktpolitik ein – sowohl im Interesse der Bürger als auch im Interesse der finanziellen Gesundheit unserer Stadt.

**Wir fordern daher** die Vergabe eines Untersuchungsauftrages, wie die Stadt Solingen durch neue Arbeitszeitmodelle v.a. in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben Arbeitsplätze erhalten, bzw. neue schaf-

fen kann. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Besetzung von Stellen länger erkrankten Personals durch befristete Arbeitsverhältnisse. Dafür sollen 150.000 Euro in den städtischen Haushalt 2010 eingestellt werden.

Die 1,2 Millionen bundesweit während der Wirtschaftskrise durch Kurzarbeit erhaltenen Arbeitsplätze beweisen: Arbeitszeitverkürzung ist das einzige und beste Mittel, um Arbeitsplätze zu halten oder zu schaffen. Gesamtgesellschaftlich ist es wesentlich sinnvoller, Arbeit zu finanzieren, statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Nach Berechnungen der Partei DIE LINKE wäre allein aus den Aufwendungen der Kommunen für Leistungen für Hartz-IV-Empfänger die sofortige Schaffung von 1 Million kommunaler Arbeitsplätze mit einem entsprechenden Tariflohn möglich. Weitere Arbeitsplätze würden Transferkosten verursachen, längerfristig aber die Sozialausgaben der Kommunen weiter senken.

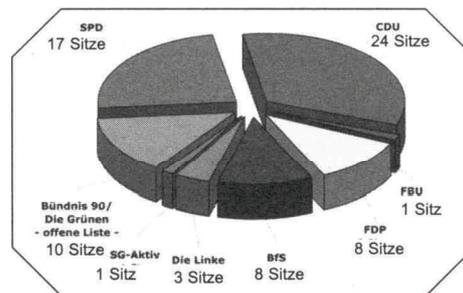
### Kommentar:

#### Eine sehr aufschlussreiche Ratssitzung am 08.07.2010!

Man muss es als schwere politische Niederlage für OB Feith und die CDU in Solingen werten, dass diese jetzt die Mehrheit im Rat (gemeinsam mit der FDP) im Moment verloren hat. Laut war dagegen ihr Aufschrei bei der Ratssitzung. Laut auch die Streiterei um „Abweichler“ aus den eigenen Reihen, die sich jetzt verteidigen müssen, weil sie nicht brav die Hand gehoben haben, als es um das Sparpaket ihres OB ging. Erstaunt betrachtete ich mir den Zettel mit der Sitzverteilung im Rat. War da wirklich die Zustimmung der Linkspartei notwendig, um das „CDU-Paket“ zu verhindern, wie es überall verlautete? (CDU/FDP: 32 Sitze, SPD/Grüne/BFS: 35 Sitze)

SPD, BFS, Grüne und Linkspartei sprachen von harten Verhandlungen und dass man die gravierendsten Maßnahmen verhindert habe. Als Zuhörer gewann man aber den Eindruck, als wolle sich jeder als der bessere „Sparer“ hervor tun. Nach dem Motto: „Sehen Sie Herr Regierungspräsident: Wir haben uns an ihre Vorgaben gehalten. Wir sind die beste „Spar“-Stadt Deutschlands. Wenn das nicht Unterordnung unter das „Spardiktat“ von Land und Bund ist – was dann?

Tatsächlich wurden ja einige gravierende Maßnahmen zurück genommen. Wäre dies aber auch der Fall gewesen, wenn es keine Proteste dagegen gegeben hätte? Da war von „neuer Kultur des Sparens“ (Frau Reimers/FDP), vom „Schutzschirm für die kleinen Leute“ (Herr Schlupp/Linkspartei) oder davon, dass mit dem



abgemilderten Sparpaket am Ende bis 2014 „das gleiche Sparziel erreicht ist, wie im Verwaltungsvorschlag“ (Herr Lauterjung/SPD) die Rede. Herr Krebs kritisierte das Umfallen der Linkspartei mit der Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer B. Damit hat er zwar recht, er vergaß aber, dass er und seine

Partei diese Steuererhöhung auch befürworten. Selten wurde so deutlich, dass so manches Ratsmitglied mit den Sorgen und Nöten der Menschen in Solingen nicht viel am Hut hat. Was zählt ist Fraktionsgehorsam, Schönreden der eigenen Beschlüsse und das Handheben und Beifallklatschen an der richtigen Stelle. So verließ die SPD-Fraktion vor der Sitzung noch einmal geschlossen den Saal, wohl um nochmal eindringliche Gespräche zu führen, dass sich auch alle an die Abstimmungsdisziplin halten. Wie war das mit dem Eid „nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Volkes“ – schoss mir bei der Gelegenheit durch den Kopf. Während der Rede von Gabi Gärtner von SOLINGEN AKTIV wurde sich dann untereinander unterhalten, zahlreich und demonstrativ der Saal verlassen (wie respektlos!), so dass sich selbst der OB gezwungen sah, dies zu rügen. Man wollte wohl nicht hören, dass sie diese „Spar“politik fundiert widerlegte und durchaus machbare Gegenvorschläge unterbreitete. Mein Fazit: Auf kommende Einsicht und Vernunft der überwiegenden Mehrheit im Stadtrat kann man nicht zählen. Einige Kürzungen und Schließungen mussten schon aufgrund der vehementen Proteste zurückgenommen werden, warum also nicht auch die übrigen, die auf unsere Kosten gehen? Es gibt also nur eine Alternative: Den massenhaften Protest gegen dieses „Spar“-Paket weiter zu organisieren!

Gisela Wirth

## Notlösung oder Kurswechsel bei der Partei DIE LINKE?

„Gemeinsam gegen das Spardiktat“ und die „Rettung der Lebensqualität in Solingen“ waren die Kernaussagen der Mahnwache, die von Mittwochnachmittag, durch die Nacht bis zum Beginn der entscheidenden Ratssitzung am Donnerstag 08. Juli dauerte. Ein Sarg soll den Verlust der Lebensqualität in Solingen symbolisch darstellen.

Aber nach internen Beratungen und Verhandlungen hat die Partei DIE LINKE (PDL) sich der neuen Mehrheit im Stadtrat angeschlossen und zusammen mit der SPD, den Grünen und BfS das Sparpaket „light“ verabschiedet. Dieses Vorhaben wurde sogar zum Staunen und Entsetzen vieler Protestler auf einem Flugblatt der



PDL bei der Aktion am Mittwoch angekündigt. Plötzlich standen wir „Gespalten gegen das Spardiktat“ da!

Auf der Internetseite der PDL gesteht Gerd Schlupp unverblümt:

„Im Wahlkampf hatte DIE LINKE Solingen noch ausdrücklich erklärt, alle Sparmaßnahmen abzulehnen. Nicht zuletzt deswegen hatten viele Wähler und Wählerinnen uns schließlich mit ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen.“ Allerdings. Ich war einer von denen. Jetzt aber zerschmettert die

Solinger PDL dieses Wahlversprechen (von Herrn Schlupp „Fundamentalopposition“ genannt) und entscheidet sich hinter geschlossenen Türen für „Kompromisse“, die „nicht auf der Linie unserer Politik liegen.“ Für viele PDL-Wähler, die glaubten für eine konsequente Oppositionspolitik gewählt zu haben, schmeckte die Enttäuschung darüber sehr bitter.

Aber es kommt noch Schlimmeres. Bei seinem Versuch, diesen, wie er es selbst nennt, „Sinneswandel“ schönzureden, lässt Herr Schlupp die Katze aus dem Sack: „Mit diesem Verhalten bewies die Linkspartei nun, dass sie entgegen anderer Meinungen absolut in der Lage ist, reale Politik sinnvoll zu gestalten.“

Was mit einer Bitte um Verständnis bescheiden beginnt, gipfelt als Siegeserklärung der Realpolitik. Endlich geschafft! Die Solinger

Linke ist für die Grünen und für die SPD salonfähig geworden! Der starke Verdacht, dass es bei der Abstimmung eigentlich für die PDL-Ratsfraktion primär um diesen Anständigkeitsnachweis ging, sorgt vor allem in der außerparlamentarischen Opposition für viel Unmut. Trotz seiner Beteuerungen des Gegenteils, klingt die Erklärung von Herrn Schlupp nicht wie das

Bedauern einer ungewollten Abweichung von der Grundpolitik sondern wie die Ankündigung einer grundsätzlich angestrebten Kursänderung.

Wie es sogar Herr Kob, der Chefredakteur des ST, auf den Punkt brachte (ST 09. Juli), stellt die Fraktion der Linkspartei mit ihrem Stimmverhalten „die Interessen des großen Ganzen über die der kleinen Leute.“ Im Klartext: Die Bürger sollen für das Versagen der Politik und Finanzwelt doch blechen. Bei der praktischen Umsetzung der Maßnahmen kann noch viel passie-

ren. Fest steht aber jetzt: eine starke außerparlamentarische Opposition mit einer prinzipiellen Vertretung im Stadtrat wird nach wie vor bei dieser Entwicklung entscheidend sein. Sie soll selbstverständlich nicht gegen die PDL gerichtet sein, die einen starken Beitrag in der kommunalen Bündnisarbeit leistet, sondern ohne wenn und aber für eine Kommunalpolitik, die die Lebensqualität in unserer Stadt erhält oder verbessert. Nur Parteien und Gruppierungen, die so eine Politik stets vertreten, verdienen unsere Unterstützung. Wir sollten ständig prüfen, ob die PDL-Fraktion dazu gehört.

Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.

## Zitate des Monats:

**Bernd Krebs (CDU) im Rat am 8.7.10, anlässlich der für ihn traurigen Tatsache, sich jetzt in der Opposition zu befinden: „Intelligenz ist immer in der Minderheit.“**

**Herr Krebs hat wohl übersehen, dass unsere Stadträtin Gabi Gärtner und somit auch SOLINGEN AKTIV im Rat immer in der Minderheit ist? Wir bedanken uns für das ungewollte Kompliment!**

**Ernst Lauterjung (SPD) im Rat am 8.7.10: „Schluss mit den Raubzügen gegen die Kommunen...“**

**„...Rettungsschirme für Banken wurden gespannt-wo bleiben sie für die Kommunen?...“**

**Wir freuen uns, dass sich Herr Lauterjung den Forderungen von SOLINGEN AKTIV anschließt, für die wir seit Jahren – auch von ihm – im Rat belächelt und als „populistisch“ beschimpft wurden. Allerdings bezweifeln wir seinerseits die notwendige, konsequente Haltung diesbezüglich.**

## Brot und Spiele – Gedanken während der WM

das Volk nicht merkte, wie sehr es unterdrückt und ausgenutzt wurde. Selbst die Sklaven blieben, bis auf ein einziges Mal Spartakus und seine Leute, ruhig und sahen sich das Gemetzel in den Arenen und im Kolosseum an. Angie und ihre Leute scheinen das System etwas missverstanden zu haben. Spiele haben wir ja nun, und die vielen Fußballfans sind abgelenkt. Aber was ist mit dem Brot? Keiner denkt mehr an das Sparpaket, das die Bundesregierung uns beschert hat. Das haben sie in Berlin schlau gemacht. Mal schnell den ganz Armen noch mehr abnehmen. Wenn die WM läuft, werden die Untertanen das schon vergessen.

Mal eben den Hartz IV Familien das Elterngeld streichen, die Babys brauchen ja keine Windeln usw. Reicht ja, wenn die gut Verdienenden das bekommen. Mal eben den Heizkostenzuschuss für die Leute streichen, die eh zu wenig haben. Was brauchen die im Winter warme Wohnungen? Mal eben den Rentenzuschuss für Hartz IVler einstellen. Den muss ja der Bund zahlen. Was brauchen die Rente? Sollen die Kommunen doch weiter für alle Kosten aufkommen. Als ob die Städte nicht schon alle pleite wären. Aber die Beamten und der Bundestag müssen dringend mehr Geld bekommen, die könnten uns ja sonst vielleicht noch menschlich regieren. Aber halt, die kleinen Beamten brauchen das nicht, wär ja noch schöner. Denen ziehen wir mal eben noch 2,5% ab, sollen die doch sparen. Angie und Co., wie wärs denn mal mit 1. Monat auf Hartz IV-Niveau? So richtig mit 2 Stunden an der Tafel anstellen und Klamotten aus der Kleiderkammer. Aber nein, lieber den Banken und der Industrie-Lobby weiter in den Popo kriechen. Sie denken wohl: „Das Volk ist doch selbst schuld, vielleicht sollten die doch mal den Hintern von der Couch kriegen und wählen gehen.“

Was mich wundert ist, dass es unter den Massen von Hartz IV Empfängern, von Angie so liebevoll Präkariat genannt, noch keinen Aufschrei der Empörung gibt. Ach nee, die Spiele sind ja im Gang. Wenn auch das Brot vergessen wurde. Aber vergesst in Berlin nicht:  
**WIR SIND DAS VOLK!!!**

Margo Plag

Brot und Spiele boten die alten Caesaren den Römern, damit

Viele Bürger begrüßen die Einsparungen und Kürzungen im Bereich der Verwaltung und der Beamten; sollen die doch auch mal sparen..

Eingespart wird, wie üblich, nur bei Denjenigen die eh schon wenig Geld bekommen. Alle Kürzungen betreffen ausschließlich die Masse der kleinen und mittleren Beamten, denn an die höheren Regionen wagt man sich nicht ran. Man könnte ja versehentlich bei sich selbst was einsparen.

Man muss sich einmal klar machen, dass seit

## Auch Beamte sind Menschen

Jahrzehnten auf Kosten der kleinen Beamten gespart wird. Allein in den letzten 3 Jahren:

Nullrunden, Kürzungen

beim Kindergeld für Beamtenkinder, 50% Kürzung beim Urlaubsgeld und eine verschleierte Bezugssenkung durch Umlage des Weihnachtsgeldes auf den monatlichen BruttoBezug (kein Weihnachtsgeld mehr).

Nun will die Regierung also die im letzten Jahr erst beschlossene 2,5%ige Bezugserhöhung wieder rückgängig machen und an den Gehältern einsparen. Man muss dabei auch einmal bedenken, dass Beamte gezwungen sind, sich selbst in Privatkrankenkassen zu versichern. Das heißt, es gibt keine kostenlose Familienversicherung für Ehepartner und Kinder. Was bei den kleinen Gehältern in einfachen Dienst eigentlich kaum zu stemmen ist.

Dazu kommt, dass das Arbeitsvolumen jedes einzelnen Beamten oder Angestellten im einfachen bis mittleren Dienst massiv erhöht wurde durch den Wegfall oder die nicht mehr Besetzung von (durch Pensionierung oder Kündigung) freigewordenen Stellen. Das bedeutet, manche Mitarbeiter müssen inzwischen die Arbeit von 2-3 Kollegen erledigen und unter Umständen auch noch Urlaubsvertretungen machen. Dabei ist das Arbeitsaufkommen keineswegs geringer geworden. Mittlerweile ist es so, dass die Verwaltung in einigen Bereichen deswegen ineffizient geworden ist, weil dort zu wenig Personal ist.

Gerade im Bereich des einfachen Dienstes wurden viele Arbeitsbereiche ausgelagert und an Privatfirmen gegeben. Nun wäre das ja nützlich, wenn es denn wirklich billiger wäre. Dem ist aber nicht so. Oft wird für den gleichen Mitarbeiter, der nun bei einem Privatunternehmen angestellt ist, mehr bezahlt als vorher, wo er noch in eigenen Diensten stand. Allerdings bekommt der Mitarbeiter davon nur einen sehr geringen Teil, den großen Rest steckt das Privatunternehmen ein. Da oftmals auch notwendige Maschinen, z.B. für eigene Druckerzeugnisse, abgeschafft wurden, ist eine Umkehrung dieser schleichenden Privatisierung nicht mehr ohne riesige Kosten möglich. Deshalb fordern wir auch, keine Privatisierung auf Kosten der Steuerzahler.

## Jeden 2. Montag...

### SOLINGER MONTAGSAKTION gegen das Armutsgesetz Hartz IV!

18 Uhr am Busbahnhof,  
Graf-Wilhelm-Platz, vor DM

So kann es nicht weiter gehen!  
Diskutieren Sie mit uns !

Herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Sie!

Der Autor des Artikels ist Beamter im einfachen Dienst.  
Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.

## www.solingen-spart.de – oder das Märchen von der „Bürgerbeteiligung“!

**Herr Oberbürgermeister!**

Sie haben in der Ratssitzung die „große demokratische Bürgerbeteiligung“, die auch in überregionalen Medien Anerkennung gefunden habe, angesprochen. Wenn das „das höchste der Gefühle ist“, was Sie sich unter demokratischer Beteiligung vorstellen, dann ist das ein interessantes Armutszeugnis für die herrschenden, gesellschaftlichen Verhältnisse und ihr Verständnis von Demokratie.

Elemente wirklicher Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie gab es nicht. Wir erinnern daran, dass man den Jugendlichen der Notschlafstelle im Rat mehrmals auf deren Antrag hin kein Rederecht eingeräumt hat!

Die Bürgerbefragung im Internet wurde entsprechend dem von ihrem „Erfinder“ – der Bertelsmann-Stiftung – erklärten Ziel ausgerichtet: Stadtkämmerer Weeke wird so zitiert, dass die Aktion wichtig sei, „wegen der

Akzeptanz der Maßnahmen bei den Menschen“. Und so erfolgte die Abstimmung auch immer unter dem Druck, die 45 Millionen „Einsparungen“ unbedingt zusammen zu kriegen.

Mit der Drohung noch schärferer Maßnahmen (Verkauf Schloss Burg, Klingenmuseum, Klinikum, Schließung Theater, Stadtbibliothek, alle Jugendhäuser, Erhöhung Kindergartengebühr usw.) wurde dem Bürger suggeriert, es gäbe gar keine Alternativen.

Über 1.500 Sparvorschläge wurden von Bürgern auf der Internetseite gemacht, die allerdings von der Stadtspitze meist mit lapidaren Begründungen abgetan wurden oder als nicht umsetzbar beantwortet wurden. Kein Wunder: Eine große Mehrheit forderte z. B. die Reduzierung der Fraktionsfinanzierung bzw. der Kosten für die „Politik“ – also Vorschläge, die bei den Regierenden hier nicht eben beliebt sind. Und letztlich haben diese Bürgervorschläge in der Beschlussfassung keinerlei Beachtung gefunden.

SOLINGEN AKTIV steht für Formen der direkten Demokratie, die man in Bürgerversammlungen, dem Rederecht für EinwohnerInnen oder wirklich demokratischen Bürgerbegehren gewährleisten könnte!

### Kurzmeldung

#### Moderne Märchenerzähler?

Wirtschaftsforscher schätzen, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland schon in wenigen Jahren auf unter fünf Prozent fallen könnte. Laut einer aktuellen Prognose des Beratungsinstituts Kiel Economics werden 2014 nur noch 1,84 Millionen Menschen ohne Job sein, berichtet die Wochenzeitung "Die Zeit". Die Arbeitslosenquote läge damit knapp unter 4,5 Prozent, der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Bei einer Quote von unter fünf Prozent sprechen Ökonomen von Vollbeschäftigung.

Man möchte ja gerne daran glauben aber irgendwie scheint es wie Hohn, dass ausgerechnet Hartz IV der Grund dafür sein soll, dass es mit den Beschäftigtenzahlen so rasant aufwärts gehen soll. Oder will man uns mit einer solchen Nachricht wieder nur ruhig halten bis die Schwarz-Gelbe Regierungskatastrophe in Berlin sich wieder fest in den Sattel gesetzt hat?

### Mitglied werden

Ich möchte Mitglied bei **SOLINGEN AKTIV** werden und zahle einen Mindestbeitrag von:

1,00 Euro

0,50 Euro

\_\_\_\_\_ Euro (eigene Angabe)

Name: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

(Ich erkenne die Grundsätze von **SOLINGEN AKTIV** an)

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und einsenden an **SOLINGEN AKTIV**  
Klemens-Horn-str. 3, 42655 Solingen

### Und so erreichen Sie uns:

**SOLINGEN AKTIV**

Büro: Klemens-Horn-Straße 3,  
1. Stock  
42655 Solingen-Mitte

**Telefon 22 46 366**

**E-Mail: info@sg-aktiv.de**

Bürozeiten:

Dienstag: 11.00 - 13.00 Uhr  
Donnerstag: 11.00 - 13.00 Uhr  
Freitag: 14.00 - 16.00 Uhr

**Stadträtin Gabi Gärtner**

**Telefon 64 54 935**

**E-Mail: gabigaertner@t-online.de**

[www.sg-aktiv.de](http://www.sg-aktiv.de)

Der Anlass für unsere Fahrt am 12.06.2010 waren die geplanten Streichungen und Kürzungen der Stadtspitze. Geschickt wurde ja von Medien und Verwaltung versucht, die Ohligser gegen die Solinger, die Walder gegen die Ohligser, die eine Einrichtung gegen die andere auszuspielen, um Proteste zu verhindern und die regelrechte Giftliste dann ungehindert durchzupeitschen. Dies ist nicht ganz gelungen.

So gaben z. B. die Jugendlichen der Notschlafstelle so lange keine Ruhe, bis die Schließung vom Tisch war. In

Ohligs haben sich Bürger, Vereine, Geschäfte und die Werbegemeinschaft zu Protesten zusammen getan: Das Bürgerbüro und das Heidebad bleiben erhalten. Mit einer Demonstration wurde für den Erhalt des Hallenbades Vogelsang gekämpft. Es bleibt erhalten.

Mit unserer Busfahrt wollten wir einen Bogen durch ganz Solingen spannen – von Protest zu Protest. Bei einigen Haltepunkten konnten wir ganz konkret erfahren, wie sich die Streichungen auswirken würden bzw. ausgewirkt hätten:



## 1.Station: Hallenbad Vogelsang

Im Januar 2010 wurde noch viel Geld ausgegeben, um das marode Hallendach zu sanieren. Jetzt sollte es für immer geschlossen werden. Gerd Köhler, Schriftführer des RBS Solingen 1953 e. V., zeigte dafür kein Verständnis. Er fragte: Wer denkt an die Menschen, die darauf angewiesen sind? Die Kinder, die Senioren, die Behinderten die dort ihren Spaß beim Sport finden? All das wäre verloren gegangen, wenn das Bad geschlossen worden wäre.



Jugendliche konnten mit Hilfe der Notschlafstelle ihr Leben wieder in den Griff bekommen.

Unser Bus machte außerdem Halt beim Busdepot Weidenstraße, bei der Parkanlage Kannenhof, am Unionstadion und bei der Stadtbücherei/Bürgerbüro Solingen-Mitte.

**Ausführlicher Report auf [www.sg-aktiv.de](http://www.sg-aktiv.de)**

## 2.Station: Turnhalle Gillicher Straße

Der Stadtrat hat am 8.7.2010 mit den Stimmen von SPD, Grünen, BFS und Linkspartei, CDU und FDP, die Aufgabe der Turnhalle oder eine erhebliche Beteiligung des TSV Aufderhöhe an der Sanierung beschlossen. Anschaulich berichten Mitglieder des Vorstandes von Turn- und Budoabteilung des TSV Aufderhöhe, was diese Maßnahme für den Verein und den Schulsport bedeutet. 1000 der ca. 2000 Mitglieder des Vereines sind Kinder und Jugendliche.

Mit aufwendigen Ersatzplänen werden die Trainingsstunden auf andere Hallen verlagert. Aber was nutzt es, wenn man zwar eine andere Halle hat, die Spiel- und Sportgeräte dort aber nicht zur Verfügung stehen? Die Geräte für manche Sportarten kann man nicht jedesmal verladen und transportieren.



**Dagmar Kugel** (links im Bild) ist Trainerin und selbst Lehrerin. Sie weiß wovon sie spricht, wenn sie anklagt: Was nutzt es, wenn der Schulsport in anderen Hallen durchgeführt werden kann, aber durch die Anfahrt schon eine der eh knappen zwei Stunden Sportunterricht verloren gehen? Was nutzt es, wenn einem Verein, der eine hervorragende Jugend- und Kinderarbeit im Stadtteil macht, keine Halle mehr zur Verfügung steht? Viele Eltern sind

berufstätig und können ihre Kinder nicht am Nachmittag in weit entfernte Hallen fahren.

**Gabi Gärtner** (Stadträtin von SOLINGEN AKTIV und selbst aktive TSV-Sportlerin) verdeutlichte an diesem Beispiel, was von den „Steckbriefen“ zu den einzelnen Streichungsvorschlägen zu halten ist, die an alle Ratsmitglieder verschickt wurden. Dort vermittelte man den Eindruck, dass für den TSV für Alternativen gesorgt sei.

**Die Streichung der Zuschüsse von jährlich 30.000 € muss vom Tisch! Die Stadt muss die Sanierungskosten für die Halle tragen! Der Protest muss weitergehen!**

## 4.Station: Notschlafstelle

Erfolg brachte der Protest der Jugendlichen für den Erhalt ihrer Notschlafstelle die „10“. Bei unserer Busfahrt berichteten einige von ihnen über Tagesablauf und Angebot dieser Einrichtung. Viele Jugendliche

## 3.Station: Eishalle

In der Eishalle berichtete uns Sabine Groß (Hallenleiterin), wie sich eine Kürzung der Zuschüsse für den Eissport auf die Zukunft der Eishalle auswirken könnte. Wegfallende gemietete Eiszeiten können nicht so einfach kompensiert werden. Ein Mitglied des EC Bergisch Land klagte an, dass bereits die Kürzungen um 15.000 € nur schwer zu verkraften waren. Auch die jetzt beschlossenen 10.000 € werden für die Vereine schwer zu stemmen sein.

